

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 848 pbbn d

Inhalt

Erhard Eppler zur gemeinsamen Erklärung der EKD und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR: Wider den Zeitgeist.

Seite 1

Rudolf Dreßler MdB zum Beschluß der Bundesregierung, das Vorruhestandsgesetz nicht zu verlängern: Koalition muß Farbe bekennen.

Seite 2

Josef Fekler erinnert an die Wochen vor der nazistischen Machtergreifung: Der letzte Reichstag vor Hitler (Teil II und Schluß).

Seite 3

Dokumentation:

Die Sechs-Nationen-Initiative hat auf ihrer jüngsten Tagung in Stockholm weitere Abrüstungsschritte verlangt und auf den Zusammenhang von Hochrüstung und Armut in der Dritten Welt hingewiesen. Auszüge aus der Erklärung

Seite 6

43. Jahrgang / 20

29. Januar 1988

Wider den Zeitgeist

Zur gemeinsamen Erklärung der EKD und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR

Von Erhard Eppler
Mitglied des SPD-Präsidiums

Die Evangelischen Kirchen in Deutschland und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik haben anlässlich der 1000-Jahr-Feier der Christianisierung Rußlands ein bemerkenswertes und gegen den Strom des Zeitgeistes schwimmendes Wort zum Verhältnis der Deutschen gegenüber den Völkern der Sowjetunion veröffentlicht. Mir erscheinen folgende Gedanken dieses gemeinsamen Wortes „Veröhnung und Verständigung“ des Hervorhebers wert.

Der besondere Charakter des deutschen Rußlandfeldzuges wird festgehalten: Dieser Krieg ist als Eroberungskrieg begonnen und als Vernichtungskrieg geführt worden.

Die Verfasser bekennen sich zur Haftung für die Verbrechen an den Völkern der Sowjetunion: „Mit der Haftung für Ihre Folgen sind wir alle befasst, auch wenn Widerstand damals lebensgefährlich war, auch wenn sich die meisten von uns heute wegen ihres Lebensalters oder wegen ihrer damaligen Einflußlosigkeit keine persönliche Schuld zurechnen müssen. Dies sprechen wir als Christen gemeinsam aus, ob wir in der DDR oder in der Bundesrepublik Deutschland leben.“

Die evangelischen Kirchen bekennen jetzt öffentlich ihr Versagen während des Rußland-Feldzuges, als für viele Deutsche der Eindruck entstand, im Kampf gegen den Bolschewismus stehe die Kirche auf der Seite Hitlers. So deutlich, so mutig und so selbstkritisch haben evangelische Christen seit dem Schuldbekennnis von Stuttgart 1945 zuvor selten gesprochen.

Die Verfasser aus beiden Staaten sparen Verbrechen an Deutschen nicht aus, aber sie sind weit entfernt von einem Versuch der Aufrechnung.

Diese gemeinsame Erklärung der Evangelischen Kirchen über die Notwendigkeit, die Schrecken der Vergangenheit auf der Tagesordnung der Deutschen zu belassen, ist ein Wort, das nach vorn weist auf ein friedliches Miteinander aller Deutschen mit den Völkern der Sowjetunion. (./29.1.1988/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

ermöglicht
die umweltfreundliche
Recycling-Papier



Koalition muß Farbe bekennen

Zum Beschluß der Bundesregierung, das Vorruhestandsgesetz nicht zu verlängern

Von Rudolf Dreßler MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Das Vorruhestandsgesetz, das jetzt auslaufen soll, war aus der Sicht der SPD sehr unvollkommen. Unser eigener Gesetzentwurf zum Vorruhestand, den wir 1983 vorgelegt hatten, war um vieles günstiger. Es sah höhere Leistungen für ausscheidende Arbeitnehmer und höhere Zuschüsse des Staates zu den tarifvertraglich vereinbarten Leistungen vor. Dies hätte mit Sicherheit eine wesentlich günstigere Wirkung auf dem Arbeitsmarkt gehabt als das von der Bundesregierung beschlossene Gesetz.

Trotzdem hat das Vorruhestandsgesetz einen, wenn auch bescheidenen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erbracht. Nach Berechnungen des DIW haben 120.000 Arbeitnehmer davon Gebrauch gemacht. 60.000 bis 70.000 Arbeitnehmer sind neu eingestellt worden, davon waren rund drei Viertel vorher arbeitslos. Man muß entsetzt sein, daß die Bundesregierung selbst diesen bescheidenen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht mehr leisten will.

Tatsache ist, daß der Beschluß der Bundesregierung, das Vorruhestandsgesetz nicht zu verlängern, Teil ihres konjunktur- und finanzpolitischen Offenbarungseides ist. Natürlich wissen wir, daß die Bundesanstalt für Arbeit am Ende dieses Jahres ein Defizit von einer Milliarde DM haben wird. Tatsache ist aber, daß die gleiche Bundesanstalt noch vor kurzer Zeit einen Überschuß hatte, den die Bundesregierung für andere Dinge verbraten hat. Die Bundesregierung kann sich also nicht auf eine Zwangslage berufen, sie hat die jetzige Situation selbst herbeigeführt.

Die SPD wird im Parlament eine eigene Initiative ergreifen und die Regierung zwingen, Farbe zu bekennen. Einzelne CDU-Abgeordnete und die Sozialausschüsse haben ja selbst gefordert, daß der Vorruhestand verlängert wird. Wir werden dann sehen, wie sie draußen reden und im Parlament abstimmen!

(-/29.1.1988/va-ha/rs)

* * *



Der letzte Reichstag vor Hitler (Teil II und Schluß)

Erinnerungen an die Wochen vom 6. November 1932 bis zum 30. Januar 1933

Von Josef Felder (*)

Am 25. Januar 1933 wird nach einer gemeinsamen Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion mit dem gesamten Parteivorstand warnend verlautbart: „Die Proklamation eines sogenannten staatlichen Notstandes würde auf einen Staatsstreich hinauslaufen und einen rechtlosen Zustand schaffen, gegen den jeder Widerstand erlaubt und geboten ist.“ Die SPD-Abgeordneten schwärmten aus in alle großen Städte des Reiches und auf das Land. Förmlich belagert von der SA, und geschützt vom Reichsbanner, vertrat der Verfasser dieser Zeilen die Proklamation der Partei in einer Massenversammlung in Bayreuth. Noch war alles offen. Am 27. Januar 1933 versicherte Hindenburg zwei Generälen, daß er den „böhmischen Gefreiten nie zum Kanzler ernennen werde“. Der Chef der Heeresleitung aber sagte zu Hitler: „Wenn Sie legal zur Macht kommen, soll es mir recht sein. Im anderen Falle werde ich schießen!“

Am 30. Januar 1933 wird die Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion auf den Nachmittag vertagt. Es herrscht große Spannung und Nervosität im Hohen Hause. Man hört, der Präsident habe seinem Kanzler die Vollmacht zu einer Reichstagsauflösung versagt, die Schleicher für den Fall forderte, daß er am 31. Januar keine Mehrheit erziele. Und nun seien entscheidende Gespräche bei Hindenburg im Gange. In den ersten Nachmittagsstunden kam dann die überraschende Meldung: Hitler ist Kanzler, ein Rechts-Kabinett unter Ausschluß von Schleicher komplett, der ahnungslos ist, als der General von Blomberg in Berlin eintrifft und sofort zum Reichspräsidenten beordert wird. Hinter den Kulissen hatten Papen, Hugenberg, Staatssekretär Meißner und Oberst Hindenburg, der Sohn, die letzten Hemmungen des Präsidenten mit der erfundenen Meldung beseitigt, Schleicher plane einen Putsch der Reichswehr, die auch Hindenburg gefährlich werden könnte.

Der Abend und die ganze Nacht des 30. Januar 1933 gehörte den braunen Bataillonen. Berlin ist in einen Rausch des Nationalismus getaucht, ein schler endloser Fackelzug defiliert an der Reichskanzlei vorbei. Der „Führer und Reichskanzler“ steht an einem angestrahlten Fenster, Hindenburg an einem anderen etwas im Hintergrund. Mit Entsetzen beobachten wir die exakt organisierte nächtliche Komödie.

Am 31. Januar verkünden Parteivorstand und Reichstagsfraktion der SPD nach gemeinsamer Beratung: „Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder sich gegen sie zu behaupten, wird auf den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freiheitlich gesinnten Volkskreise stoßen. Zu diesem entscheidenden Kampf sind alle Kräfte bereit zu halten.“ Vor sofortigen Aktionen warnt Fraktionschef Breitscheid trotz der „begrifflichen Erregung“, die im ganzen Lande herrsche, vor dem Partiausschuß der SPD am 31. Januar. „Kühles Blut und Besonnenheit“ fordert auch Theodor Leipart von den Gewerkschaftern. Und die SPD-Abgeordneten fahren in ihre Heimatorte mit dem Leitartikel des „Vorwärts“ in der Tasche, in dem es heißt: „Gegenüber dieser Regierung der Staatsstreichdrohung stellt sich die Sozialdemokratie und die ganze Eiserne Front mit beiden Füßen auf den Boden der Verfassung und der Gesetzlichkeit. Sie wird den ersten Schritt von diesem Boden nicht tun.“

(*) Der Autor ist der letzte Überlebende der SPD-Reichstagsfraktion, der er in den Jahren 1932/33 angehörte. 1957 bis 1969 gehörte Josef Felder, der heute in München lebt, dem Deutschen Bundestag an.



Inzwischen bricht Hitler bereits das Versprechen, das er seinen Kabinettskollegen gegeben hat. Er setzt die Auflösung des Reichstages und die Anberaumung der Neuwahl zum 5. März 1933 durch.

Vor dem Nürnberger Gericht hat nach 1945 der ehemalige mit seiner Organisation schwer mitschuldigen Bundesführer des „Stahlhelm“ zugegeben: „Vier Männer aus dem bürgerlichen Lager tragen die Schuld an der Ernennung Hitlers zum Kanzler.“ Es ist hinzuzufügen: ohne einen Papen, ohne einen Hugenberg, Schacht und Seldte wäre das deutsche Volk im November 1932 „über den Berg“ gewesen. Vor allem aber ohne einen Papen, jenen überaus eitlen, unwahrhaftigen, skrupellosen Vertreter der deutschen Herrnkaste, der seinen Sturz nicht verwinden konnte und deshalb zu seinem großen Intrigenspiel beim „alten Herrn“, Stahlhelm-Ehrenpräsidenten und lieben Gutsnachbarn der preußischen Junker ansetzte: bei dem längst zum physischen und psychischen Wrack gewordenen Präsidenten von Hindenburg. Durch Papen wurde der Bandenführer Hitler Kanzler und der bisher verächtlich abgelehnte „böhmische Gefreite“ Oberster Befehlshaber der Wehrmacht. Durch Papen, durch Hugenberg, durch Seldte, durch Schacht. Wie nett die Gliederung stimmte: Herrenklub, Großindustrie, Militarismus, Großfinanz. Am Tage nach der Ernennung Hitlers schrieb General Erich Ludendorff, der 1923 in München an der Seite Hitlers noch zum Marsch auf Berlin aufgerufen hatte, einen Brief an den Reichspräsidenten: „Sie haben durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler unser heiliges deutsches Vaterland einem der größten Demagogen aller Zeiten ausgeliefert. Ich prophezeie Ihnen felerlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unserer Nation unfaßbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden Sie wegen dieser Handlung im Grabe verfluchen.“ Eine sehr späte Erkenntnis des autokratischen Heerführers von 1914/18, der selbst entscheidend zur Bildung der Dolchstoßlegende („die Heimat erdolchte die Front“, der Kampfruf der Völkischen, des Stahlhelm und der Deutschnationalen) beigetragen hatte.

Der Wahlkampf zum 5. März 1933 begann mit Massenkundgebungen der SPD im ganzen Reiche. Die Parteizeitungen übernahmen zwar die Parole der Partei, doch es kam wachsender Unmut auf über die zu zögernde Haltung. Ihr gab Kurt Schumacher am 3. Februar 1933 in einer Großkundgebung der Eisernen Front in Augsburg Ausdruck: „Wenn die Nazis uns die letzten Rechte nehmen wollen, dann müssen sie dies tun im Offenen Staatsstreich. Und den brauchen wir, um unsere außerparlamentarische Aktion voll entfalten zu können.“ Der brausende Beifall zeugte von Bereitschaft. Es gab überall äußerst ungemütliche Wahlversammlungen, die ein Teil der Polizei mit ängstlichem Blick auf die meist randalierende SA, nicht mehr oder nur widerwillig schützte. Sozialdemokratische Redner mußten überall im Reiche von bewaffneten Reichsbannerleuten zur und von der Versammlungsstätte begleitet werden. In manchen Teilen des Reiches war es schlimmer als in Bayern. Der Verfasser dieser Zeilen hat noch lebhaft vor Augen, wie im Februar 1933 während seines Referates in Dessau die Braunen plötzlich ein Pistolenfeuer eröffneten. Die Polizei griff nicht ein. Auch in Chemnitz und in Cannstatt (dort von einem Lastwagen aus im Freien sprechend) garantierte mir nur das Reichsbanner Sicherheit vor der systematischen Störung durch die SA. Ähnlich erging es Wilhelm Hoegner und Waldemar von Knoeringen.

Besonders erschwerend war das Verbot der sozialdemokratischen Presse. Auch das Zentrum hatte Schwierigkeiten. So konnte der ehemalige Kanzler Brüning über den Reichsrundfunk nicht zu den Wählern sprechen. In Bayern beschimpften die Nazis Dr. Alois Hundhammer, einen der wenigen führenden Leute der Bayerischen Volkspartei, die gegen die Braunen votierten. In Preußen hatte Göring Mitte Februar verfassungswidrig tausende von SA-Leuten zur Hilfspolizei ernannt und in einer Rede kundgetan, daß nunmehr bei Auseinandersetzungen rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden solle. Er decke in jedem Falle seine Polizei. Zu der ungemein verschärften



Wahlsituation kam nun am 27. Februar das Fanal des Reichstags-Brandes. Noch in der gleichen Nacht wurden etwa 4.000 kommunistische Funktionäre verhaftet. Die Listen waren ja wohl längst angelegt, die Überraschung so vollständig, daß sogar ein wichtiges Mitglied der Zentrale der KPD aus dem Bett geholt werden konnte.

Die von den Nazis seit Wochen in der Öffentlichkeit bewußt geschürte Gefahr vor dem „drohenden Bolschewismus“ war nicht im geringsten vorhanden. Aber am 28. Februar 1933 erschien unter Hinweis auf den Artikel 48, Absatz 2, der Reichsverfassung jene Notverordnung „zur Abwehr staatsgefährdender Gewaltakte“, die mit ihrem § 1 sämtliche in der Verfassung des Deutschen Reiches garantierten Freiheitsrechte des Staatsbürgers außer Kraft setzte. (So blieb es bis zum Ende des Dritten Reiches). Die Verordnung war unterzeichnet von Hindenburg, Hitler, Frick und dem deutsch-nationalen Reichsminister der Justiz, Dr. Gürtner. Schwerste Strafen, bis zur Todesstrafe, wurden angedroht. Zwei Tage vor der Wahlentscheidung veröffentlichten dreihundert deutsche Hochschul-Lehrer noch einen Aufruf für Hitler. (Im November 1933 folgten 700 Professoren nach). Trotz alledem: Es konnte noch geheim gewählt werden. Und die Wähler standen in imponierender Weise wie eine Mauer um die großen Parteien links von der NSDAP.

Der Traum von der parlamentarischen Mehrheit war am Abend des 5. März 1933 im Braunen Haus ausgeträumt. Nur mit den acht Prozent der Kampffront „Schwarzweißrot“ der Herren Hugenberg und Papen zusammen konnte die einfache Mehrheit mit einem Prozent überschritten werden (44 Prozent NSDAP plus acht Prozent).

Eine zu verfassungsändernden Beschlüssen ausreichende Zweidrittelmehrheit war also nicht vorhanden. Zentrum und Bayerische Volkspartei erreichten gemeinsam 15 Prozent, die Sozialdemokraten schlugen sich angesichts der systematischen Diffamierung mit ihren 18 Prozent hervorragend, die Kommunisten beantworteten die laufende Massenverfolgung mit einer Stimmziffer von 12 Prozent. Ihre Wahlbeteiligung ließ das Kabinett der „starken Männer“ ja nur zu, um zu verhindern, daß die parlamentarische Opposition gegen die Nazis durch die Wahl von Sozialdemokraten gestärkt werde. Wir waren uns schon vor dem Wahlgang darüber klar, den Kommunisten (nach der November-Wahl 1932 noch 100, nun 81 Mandate) würde der Zutritt zur Krolloper - dem historisch gewordenen Tagungsort des letzten Deutschen Reichstages - verwehrt bleiben.

(-/29.1.1988/rs/ks)

(Zwei weitere Beiträge aus der Feder von Josef Felder, die die Ereignisse bis zum 22. Juni 1933 schildern und Schlußfolgerungen aus dem Geschehen ziehen, veröffentlichen wir in der nächsten Woche).

DOKUMENTATION
=====

Die Herstellung von Pflugscharen verlangt eine Verringerung von Schwertern

Die Sechs-Nationen-Initiative hat auf Ihrer jüngsten Tagung in Stockholm die Erfordernis betont, nach dem INF-Abkommen weitere Abrüstungsschritte einzuleiten. Betont wird auch der Zusammenhang zwischen Hochrüstung und Instabilität in der Weltwirtschaft. Wir dokumentieren aus dem Dokument jene Passagen, die auf den Zusammenhang zwischen Rüstung und Armut in der Dritten Welt eingehen.

Die vollständige Beseitigung der Atomwaffen und zügige Maßnahmen hin zu diesem Ziel, dies ist eine fundamentale und moralische Forderung der Menschlichkeit, ohne damit die anderen Auseinandersetzungen für Gerechtigkeit und Entwicklung in der Welt niedrig zu bewerten. Gerade deshalb ist es unmöglich, Fragen zur Abrüstung zu behandeln, ohne von der Verschwendung menschlicher und materieller Ressourcen betroffen zu sein, die bis heute für Todes- und Massenvernichtungswaffen aufgebracht werden.

Die gegenwärtige Instabilität in der Weltwirtschaft hat die ärmsten und am meisten verschuldeten Länder zutiefst betroffen. Das Wettüsten, vor allem zwischen den Supermächten, trägt zur Verschlechterung dieser Situation in besonderem Maße bei.

Im vergangenen Jahr fand in New York erstmals in der Geschichte eine UN-Konferenz über das Verhältnis von Abrüstung und Entwicklung statt. Sie schuf ein Verständnis für die komplexen Beziehungen zwischen Abrüstung, Entwicklung und Sicherheit und brachte die nicht-militärischen Bedrohungen unserer Sicherheit in den Vordergrund der internationalen Aufmerksamkeit.

Die Weltressourcen sind begrenzt. Wir haben zu wählen. Die ausreichende Herstellung von Pflugscharen verlangt zugleich eine Verringerung der Herstellung von Schwertern.

Wir waren stets der Meinung, daß die Aufgabe der atomaren Abrüstung alle Nationen betrifft. Wir sind sehr ermutigt durch die Unterstützung, die wir von anderen Nicht-Atomwaffen-Staaten, von Parlamenten und Nicht-Regierungsorganisationen, von Friedensbewegungen und Einzelpersonen in der ganzen Welt erhalten haben. Wir bitten um eine Fortsetzung dieser Unterstützung.

Wechselseitiges Vertrauen und Abrüstung sollten Mißtrauen und Überrüstung ersetzen und zur Grundlage der internationalen Beziehungen werden. Die Entwicklungen in der jüngeren Zeit lassen unsere Hoffnungen wachsen. Es ist nun von vordringlichster Bedeutung, daß die Gelegenheit genutzt wird, um das Wettüsten anzuhalten und entscheidend umzukehren. Eine atomwaffenfreie und gewaltfreie Welt zu schaffen, erfordert umso größere Phantasie, Energie und Engagement.

Die atomare Bedrohung bleibt real. Unsere Welt befindet sich weiterhin am Rande des nuklearen Abgrundes. Auf dem Weg in das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts muß das Ziel nicht nur die Verhinderung des Holocaust, sondern die vollständige Beseitigung aller Atomwaffen sein.

Jeder Mann und jede Frau kann und muß eine Rolle spielen bei der Sicherung unseres Überlebens, der Stärkung unserer Sicherheit und der Schaffung von Bedingungen für ein Leben in Würde.

Wir fordern die Atomwaffenstaaten auf, Ihre Verpflichtung zu erfüllen, um den Prozeß der atomaren Abrüstung voranzubringen.

Wir unsererseits erklären, daß wir alles tun werden, damit dieser Prozeß unumkehrbar wird.

Raul Alfonsín
ARGENTINIEN

Andreas Papandreu
GRIECHENLAND

Rajiv Gandhi
INDIEN

Miguel de la Madrid
MEXIKO

Ingvar Carlsson
SCHWEDEN

Julius Nyerere
TANSANIA

(-/29.1.1988/rs/ks)

* * *

